

Wie ernst nehmen wir die Vorsorge um Bereich Sicherheit noch?

Autor(en): **Schneider-Amman, Johann Niklaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 9

PDF erstellt am: **18.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-68009>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie ernst nehmen wir die Vorsorge im Bereich Sicherheit noch? ...

... Dieser Frage geht im folgenden Beitrag Nationalrat Schneider-Ammann nach. Als engagierter Politiker und Milizoffizier bringt er eines der zentralen Probleme der Armee XXI auf den Tisch. Auch die neue Armee kostet Geld. Das VBS hat seinen Spauftrag erfüllt. Für die neue Armee müssen genügend Mittel bereitgestellt werden. dk

Johann Schneider-Ammann

Mit Nachrichten, die mit Kampf und Krieg, menschlichen Verlusten und Zerstörungen oder der Gefahr solcher Ereignisse zu tun haben, wird jeder täglich konfrontiert. Die elektronischen Medien, insbesondere das Fernsehen, stellen diese Informationen, nicht zuletzt weil sie spektakulär sind, in den Vordergrund, und Zeitungen und Zeitschriften können auch nicht anders handeln. Diese Nachrichten betreffen oftmals weit entfernte Länder und Gegenden. Man erlebt das kriegerische Geschehen fast so, als wäre man an Ort und Stelle – nur dass man dabei keinerlei Gefahr ausgesetzt ist, weil man ja in der Schweiz sitzt. Dabei vergegenwärtigt man sich wohl selten, dass die Distanz, die uns von Kriegs- und Krisengebiet trennt, heute eine sehr relative Grösse ist. Weit reichende Lenk Waffen haben den Zeitbedarf, um irgendein Ziel zu treffen, auf Dutzende von Minuten, moderne Flugzeuge auf Stunden schrumpfen lassen. Gründlich im Geheimen vorbereitete heimtückische, mit zivilen Mitteln durchgeführte Angriffe wie besonders spektakulär die Aktionen gegen Gebäude in den USA am 11. September 2001, erfolgen plötzlich und unerwartet. Zudem hätte Europa, hätten also auch wir aufgerüttelt, mindestens nachdenklich gestimmt werden müssen durch die Tatsache, dass von 1991 an in Europa, nicht allzu weit von der Schweiz entfernt, im Balkan, Krieg geführt wurde. Ein noch nicht endgültig gesicherter Friede herrscht nun wieder im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Und das gelang erst, nachdem die NATO, alsdann die UNO mit militärischen Mitteln eingegriffen hatten.

Daraus müsste man für unsere Sicherheitspolitik im Allgemeinen, die Verteidigungspolitik im Besonderen Folgerungen ziehen. Sie sollten zunächst so lauten, dass ein Staat, der ernst genommen werden will, seine Verteidigungsfähigkeit nicht vernachlässigen darf. Langfristige Prognosen sind auch und gerade nach dem Ende der Konfrontation zwischen Ost und West unmöglich oder fragwürdig. Also ist Vorsicht am Platz. Und zwar umso mehr, als sich sicherheitspolitisch relevante und namentlich Verteidigungsmassnahmen nicht improvisieren lassen, oder dann zu hohem Risiko und eventuell hohem Preis. Die USA exerzieren vor, dass sie die Lehren gezogen haben. Sie erhöhen ihre Verteidigungsausgaben beträchtlich, im neuen Fiskaljahr

sollen sie mehr als 380 Milliarden Dollars betragen. Die Europäer werden – von ausser und innen – ermahnt, ihren rüstungsmässigen Rückstand durch höhere, also angemessenere Militärausgaben wettmachen. Und die Schweiz?

Gegenwärtig beraten die eidgenössischen Räte das Projekt Armee XXI, eine der fundamentalsten Reformen, denen unsere Armee unterzogen worden ist. Es gibt kaum Hinweise darauf, dass die politisch relevanten Kräfte unsere Verteidigungsfähigkeit preisgeben oder entscheidend zu schwächen bereit wären. Die Diskussion gilt Strukturfragen, Dauer und Modalitäten der militärischen Ausbildung und namentlich dem Stellenwert der Miliz. Lediglich die SP ist im Vorfeld dieser Beratungen mit undiskutierbaren Vorstellungen vorgeprellt, so die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht und eine Armee von 15 000 Freiwilligen, was dem effektiven Verzicht auf einen der sicherheitspolitischen Bedürfnissen des Landes entsprechende Verteidigung gleichkäme. Dieses parteipolitische Manöver sollte aber nicht überschätzt werden. Schliesslich hat die SP in Verteidigungsfragen seit 15 Jahren an der Urne eine Abfuhr nach der anderen erlebt, ganz eklatant am 8. Juni 1997, als ihre Initiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr von 77 Prozent des Volkes abgelehnt wurde, am 26. November 2000, als ihre Initiative für eine Reduktion der Militärausgaben um 50 Prozent am Widerstand von 62 Prozent des Souveräns scheiterte, und am 2. Dezember 2001, als die erneute Armeeschaffungsinitiative, die vom Parteivorstand unterstützt, von den Delegierten mit Stimmfreigabe jedenfalls nicht bekämpft worden war, von 78 Prozent des Volkes verworfen wurde.

Vergegenwärtigt man sich die letztgenannten Tatsachen, genauer dass seit 1987 acht Initiativen vom Souverän verworfen wurden, die die Verteidigung entweder beseitigen oder mehr oder weniger empfindlich schwächen sollten, so ist man wohl berechtigt festzustellen, dass das Volk für eine vernünftige, vorsichtige Verteidigungspolitik eintritt. Und dass es die damit verbundenen Ausgaben gutheisst.

Vor diesem hier erläuterten Hintergrund erscheint es als höchst problematisch, angesichts erneuter Defizite des Bundeshaushaltes den Verteidigungsbereich schon wieder schröpfen zu wollen. Natürlich muss man sehen, wo Mittel eingespart werden können. Aber die nach 1990 syste-

matisch angewandte Methode à la Doktor Eisenbart, dort die Daumenschrauben anzusetzen, wo man weniger Opposition erwartet, geht jetzt nicht mehr an. Denn die Verteidigung hat Opfer gebracht, die bedeutendsten von allen Aufgabenbereichen des Bundes.

Es sollte bekannt sein, dass der Verteidigungsbereich zwischen 1990 und jetzt rund 9 Milliarden Franken nicht ausgegeben, also gespart hat. Das sind zwei volle Jahresbudgets! In Realwert sind die Verteidigungsausgaben in dieser Zeit um nahezu 40 Prozent zurückgegangen, nominal um rund 17 Prozent. Alles Übrige wuchs, der Sozialbereich um etwa 100 Prozent, der Verkehr um mehr als 50 Prozent, auch die Bildung und die Landwirtschaft.

Dazu kommt noch Folgendes: Angesichts von Kritik an der Radikalkur, die der Verteidigung vor dem Runden Tisch von 1998 und bei dieser Gelegenheit verordnet worden war, wurde von bundesrätlicher Seite mehr als einmal versichert, die Verteidigung werde bald wieder über stabile Budgets verfügen können. Noch vor kaum mehr als einem Jahr, am 2. Mai 2001, legte der Bundesrat den Plafond der Verteidigungsausgaben auf 4,3 Milliarden jährlich fest. Der im Gang befindliche Versuch, diesen Betrag schon wieder in Frage zu stellen – eine Planungsvariante sieht Abstriche von 900 Millionen vor – ist inakzeptabel. Mit solcher «von der Hand in den Mund»-Sparpolitik stellt man eine glaubwürdige Verteidigungspolitik, damit auch Sicherheitspolitik, und die neue Armee in Frage. Die frappante Verkleinerung dieser Armee verlangt in Verbindung mit dem Krebsgang der Investitionen in die Armee über die letzten Jahre ausreichende Mittel für Führung, Mobilität, Feuerkraft, soll die Armee einsatzfähig bleiben oder wieder werden. Die Ausbildung wird mehr Mittel verlangen, genauso wie die wesentliche Voraussetzung dafür, genügend Instrukto ren. Den durchschnittlichen jährlichen Investitionsbedarf hat Bundesrat Schmid vor Jahresfrist mit rund 2 Milliarden für Rüstung, Ausrüstung und Ausbildung beziffert. Widerlegt hat ihn niemand.

Ich werde mich mit Nachdruck gegen eine kurzsichtige Militärpolitik wenden, die langfristigen Schaden zu stiften droht. Für diesen würde dannzumal niemand die Verantwortung übernehmen wollen. ■



Johann Niklaus Schneider-Ammann, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der AMMANN Group, Oberst i GSt, Kdt Geb Inf Rgt 17, Nationalrat.